

Pr o t o k o l l

der 4. Sitzung des Projektausschusses gegen Radikalismus und Gewalt

Ort: Sitzungszimmer Obergeschoss Kreisverwaltung, Parkstraße 6, 34576
Homberg
Termin: Dienstag, der 10.11.2009
Beginn: 16.00 Uhr
Ende: 18.40 Uhr

Anwesende :

Herr Neupärtl, Herr Schott, Herr Brettschneider, Herr Ide, Frau Schmitt, Herr Dr. Wondrak, Frau Scheffer, Herr Manthei, Herr Runzheimer, Herr Dr. Vaupel, Frau Kliem, Herr Spengler, Herr Recke, Herr Rudolph, Frau Neumann, Herr Lantzsch, Herr Vogel, Herr Rexroth, Frau Wagner, Herr Bürger, Frau Spohr

Tagesordnung:

1. Begrüßung durch Herrn Neupärtl
2. Aktuelle Aussprache
3. Vorstellung des Entwurfs der Förderrichtlinien für das Projekt „Gewalt geht nicht“ und Beschluss
4. Antrag der SPD-Fraktion vom Mai 2009 „Zeitzeugen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Schulen des Kreises“, Empfehlung des Projektausschusses
5. Antrag der Partei „Die Linke“ vom Mai 2009- Auszeichnung des besten Projektes „Schule ohne Rassismus- Schule mit Courage“, Empfehlung des Projektausschusses
6. Vorstellung der Ergebnisse der Regionalanalyse durch das Mobile Beratungsteam
7. Diskussion und Aussprache
8. Termine
9. Sonstiges

TOP 1 und 2

Herr Neupärtl begrüßt die Anwesenden. Er geht auf die aktuellen Übergriffe von Mitgliedern der „Freien Kräfte Schwalm- Eder“ in Borken- Arnsbach und Schwalmstadt- Dittershausen ein. Mit dem tätlichen Angriff auf einen Polizisten sei eine neue Qualität der Gewalt erreicht. Herr Neupärtl bringt sein Bedauern über dessen schwere Verletzung zum Ausdruck. Angesichts der deutlich werdenden Eskalation vermisse er allerdings eine klare Aussage der Polizei dazu, dass Übergriffe dieser Gruppe stets als politisch motiviert und von rechtsradikalem Hintergrund zu werten seien.

Herr Brettschneider skizziert die rechtlichen Grundlagen der Pressearbeit der Polizei und weist den in der Feststellung von Herrn Neupärtl enthaltenen Vorwurf zurück. Nach

den Beobachtungen der Polizei sei die Hemmschwelle junger Menschen, Gewalt gegen Polizeibeamte auszuüben, in den letzten Jahren generell gesunken.

In der anschließenden Diskussion wird festgestellt, dass die Stellung der Polizei unbestritten eine sorgfältige Abwägung von Presseverlautbarungen verlange. Angesichts der bereits vorliegenden polizeilichen Feststellungen über die Freie Kameradschaft und deren Einordnung als rechtsradikale Gruppe sei eine entsprechende Bewertung deren Handelns durch die Polizei auch in öffentlichen Verlautbarungen nötig. Anschließend skizziert Herr Bürger den weiteren Sitzungsverlauf.

TOP 3

Vorstellung der Förderrichtlinien für das Projekt „Gewalt geht nicht“ und Beschluss

Herr Bürger stellt den Entwurf der Förderrichtlinien vor und gibt dazu einige Erläuterungen ab.

In der anschließenden Abstimmung empfiehlt der Projektausschuss dem Kreisausschuss einstimmig die Verabschiedung der Richtlinien.

TOP 4

Antrag der SPD-Fraktion vom Mai 2009 „Zeitzeugen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft in den Schulen des Kreises“, Empfehlung des Projektausschusses

Der Antrag der SPD-Fraktion aus der Kreistagssitzung im Mai des Jahres wird von Herrn Bürger erläutert. Aus der Mitte des Ausschusses wird über positive Erfahrungen in der Arbeit mit Zeitzeugen berichtet. Frau Wagner schlägt vor, dass die Projektleitung eine Liste von in Frage kommenden Zeitzeugen des Nationalsozialismus mit Kontaktadressen und weiteren Informationen für die Schulen erstellt und pflegt. Herr Manthei schlägt ergänzend vor, die Sachkenntnis der Gedenkstätte Breitenau in diesem Bereich zu nutzen. Außerdem halten es die Mitglieder des Ausschusses für wichtig, die Berichte von Zeitzeugen möglichst aufzuzeichnen, damit deren Wissen und Erfahrung nicht verloren gehe.

Herr Dr. Vaupel, 3-Burgen-Schule Felsberg, und Herr Bürger werden einen Presseartikel formulieren der Schulen auffordert, lokale Geschichtsprojekte durchzuführen.

Der Projektausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, wie oben beschrieben zu verfahren.

TOP 5

Antrag der Partei „Die Linke“ vom Mai 2009 - Auszeichnung des besten Projektes „Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage“, Empfehlung des Projektausschusses

Es wird festgestellt, dass das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ (www.schule-ohne-rassismus.org) sinnvoll und begrüßenswert ist, aber bisher nur drei Schulen im Kreis mitmachen. Diese sollten jedoch nicht durch einen Wettbewerb in Konkurrenz zueinander gebracht werden. Vielmehr gelte es, so viele Projekte wie möglich anzuregen. Schülerinnen und Schülern, die das Projekt an ihrer Schule umsetzen

wollen, sollten Unterstützung und Beratung erhalten. Diese könnten im Rahmen des Projektes „Gewalt geht nicht“ über die Schülervertretung und die Verbindungslehrer organisiert werden. Außerdem könnte ein jährlicher Erfahrungsaustausch in Form eines Workshops stattfinden, der vom Projekt „Gewalt geht nicht“ organisiert und finanziert wird.

Die Auslobung eines Preises für das beste Projekt erscheint den Mitgliedern des Ausschusses dagegen nicht sinnvoll.

Eine Förderung konkreter Projekte an Schulen im Rahmen dieses Projektes ist durch die unter TOP 3 behandelten Förderrichtlinien möglich. Einen weiteren, besonderen Förderweg nur für an dem Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ beteiligte Schulen zu eröffnen, mache keinen Sinn.

Der Projektausschuss empfiehlt dem Kreisausschuss einstimmig, unter Verweis auf die mögliche Förderung konkreter Projekte an Schulen im Rahmen der Förderrichtlinie für das Projekt „Gewalt geht nicht“ auf die Bereitstellung gesonderter Mittel für das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ zu verzichten.

TOP 6

Vorstellung der Ergebnisse der Regionalanalyse durch das Mobile Beratungsteam

Herr Rexroth führt aus, dass der Hessische Landesamt für Verfassungsschutz schon im Jahr 2008 konstatiert hat „Zum Handlungsrepertoire der FKSE gehören durchaus konkrete Attacken gegen den politischen Gegner. Hierzu zählen beispielsweise Belästigungen, verbale Angriffe und tätliche Übergriffe auf Personen, die als „Feinde“ angesehen werden. Die FKSE sucht stärker als andere rechtsextremistische Gruppierungen in Hessen den Konflikt bei diesen „Gegnern“(.....)“¹.

Anschließend erläutert er die Vorgehensweise und Methode der Befragung im Rahmen der Regionalanalyse.

Das Mobile Beratungsteam aus Kassel stellt die Ergebnisse vor. Diese wurden als Tischvorlage verteilt.

Die Studie besteht aus 77 leitfadengestützten Experteninterviews von insgesamt 90 Personen (20 weiblich, 70 männlich) aus 21 Städten und Gemeinden. Sie wird anonymisiert veröffentlicht. Die Kommunen können konkrete lokale Erkenntnisse bei Herrn Bürger erfragen. Spezifisch für den Schwalm-Eder-Kreis im Vergleich mit anderen Landkreisen ist die Existenz und Massivität des Vorgehens der Freien Kräfte Schwalm Eder. Über die Frage, ob die Studie im Kreis auch öffentlich zugänglich gemacht werden sollte, entscheidet der Projektausschuss sehr detailliert.

Die Analyse wird, in zusammengefasster Form, auf der Homepage eingestellt, und soll zeitnah öffentlich zugänglich gemacht werden. Bürgermeister und Ortsvorstehern sowie den Dekanen der Kirchengemeinden sollten die Ergebnisse der Studie zusammengefasst zugänglich gemacht werden. Außerdem sollten die Ergebnisse auch Fachkräften, wie Jugendarbeitern, Erzieher/innen Lehrer/innen zum Beispiel im Rahmen eines

¹ BeratungsNetzwerk hessen (Hrsg) „Das ist Vielen gar nicht bewusst“, Regionalanalyse zu rechtsextremen Einstellungen, Strukturen und demokratischen Potentialen im Schwalm-Eder-Kreis, Wiesbaden, 2009, S.28.

Fachtages vorgestellt und in diesem Zusammenhang weitere Handlungsoptionen entwickelt werden.

TOP 7

Diskussion und Aussprache

Aufgrund der fortgeschrittenen Zeit wurde vereinbart, dass weitergehende Fragen nach der Lektüre der Studie auf der nächsten Sitzung geklärt werden können.

TOP 8

Termine

Die Termine des nächsten Jahres werden den Mitgliedern per Mail mitgeteilt. Der erste Termin für 2010 ist Samstag, der 6.3.2010.

TOP 9

Sonstiges

Keine Wortmeldungen und Beiträge.

Herr Bürger bedankt sich bei allen SitzungsteilnehmerInnen für die aktive Mitarbeit und schließt die Sitzung.

Für die Richtigkeit des Protokolls:



S. Bürger,
Projektleitung



Spohr
Jugendbildungsreferentin